



Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen

PRESSE- INFORMATION

12. September 2023

Nationale Maritime Konferenz

Niedersächsische Seehäfen erwarten mehr Unterstützung des Bundes für Energiewende

Anlässlich der in dieser Woche in Bremen stattfindenden Nationalen Maritimen Konferenz erwartet die Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen (AG Seehäfen) ein starkes Signal von der Bundesregierung für mehr Investitionen in den Ausbau der Hafeninfrastuktur und Hinterlandanbindung per Schiene, Straße und Wasserstraße. "Beim Ausbau der On- und Offshore-Windenergie im Rahmen der Energiewende hat sich Deutschland ambitionierte Ziele gesetzt", sagt Michael de Reese, Sprecher der AG Seehäfen. "Unsere Seehäfen verfügen über genügend Flächenpotenzial, um dazu beizutragen, dass diese Ausbauziele bis 2030 und darüber hinaus auch erreicht werden können. Allerdings müssen kurzfristig umfangreiche Investitionen in die Seehafeninfrastruktur für den zusätzlichen Umschlag von Windenergiekomponenten aber auch den Import grüner Energie getätigt werden. Wir unterstützen daher mit Nachdruck die Forderung Niedersachsens und der anderen Küstenländer nach einer stärkeren Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Hafeninfrastuktur."

Entscheidend für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Seehäfen sei auch deren leistungsfähige Anbindung seewärtig und an das Hafenhinterland, so de Reese weiter. Neben einer Stärkung der Schiene brauche es endlich auch sichtbare Fortschritte bei Projekten wie dem

1/2

Neubau der Küstenautobahn A 20 und den Fahrinnenanpassungen von Außenems sowie Außen- und Unterweser (Nord).

Um ihren gemeinsamen Appell an den Bund zu unterstreichen, haben die niedersächsischen Seehäfen eine aktuelle Windenergiepotenzialstudie für die Seehäfen vorgelegt. Sie ist im Internet abrufbar: www.seehafen-niedersachsen.de

Die Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen ist der Zusammenschluss von neun niedersächsischen Seehäfen in Brake, Cuxhaven, Emden, Leer, Nordenham, Oldenburg, Papenburg, Stade und Wilhelmshaven. Sie vertritt die politischen Interessen der niedersächsischen Seehafenwirtschaft gegenüber Land, Bund und EU.